



„Die europäische Umweltpolitik hat kaum Effekte für das Klima“

**Der Wirtschaftspräsident Hans-Werner Sinn warnt vor dem grünen Paradoxon: Öko-
Steuern schaden dem Klima**

Die Fakten machen deutlich, wie drängend das Thema ist: Die Konzentration von Kohlendioxid in der Erdatmosphäre hat sich seit der industriellen Revolution dramatisch erhöht, die Erdtemperatur ist seit Beginn der Temperaturmessung um 0,8 Grad gestiegen, und wenn sich an der bisherigen Emissionstätigkeit nichts ändert, wird sie bis zum Jahr 2035 um zwei weitere Grad ansteigen. Immerhin hat die Politik erkannt, dass es Zeit ist zu handeln, doch wie wirksam ist die derzeitige Klimapolitik? Wenig, möglicherweise ist sie sogar kontraproduktiv, glaubt Hans-Werner Sinn, Wirtschaftspräsident aus München und Autor des Bestsellers „Ist Deutschland noch zu retten?“. In der Thünen-Vorlesung auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in München stellt Sinn die Frage, ob das Erdklima zu retten ist – und kommt zu dem Schluss, dass dies zumindest mit der aktuellen Politik nicht gelingen kann.

„Die derzeitige Klimapolitik setzt ausschließlich auf der Nachfrageseite an: Wir versuchen durch alternative Energien, Kernenergie und effizientere Verbrennungsprozesse die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu drosseln und hoffen, dass wir dadurch einen positiven Effekt für das Weltklima erzielen. Das ist ein Irrtum“, sagt Sinn. Durch die sinkende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen sinken deren Preise, was dazu führt, dass die Nachfrage anderer Staaten nach diesen Brennstoffen zunimmt, damit liegt der Nettoeffekt dieser nachfragebegrenzenden Politik nahe bei Null. So ist die weltweite Emission von Treibhausgasen nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls munter weitergestiegen, da das Kyoto-Protokoll nur 29 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs beschränkt. Und die Energie, die von den Kyoto-Staaten eingespart wird, wird dank sinkender Preise von anderen Staaten nachgefragt – mit entsprechenden Folgen für die Emission von Treibhausgasen und das Weltklima. „Die europäische Klimapolitik hat kaum Effekte für das Klima“, fasst Sinn seine Überlegungen zusammen.

Doch nicht nur dieser Effekt ist es, der Sinn an der Wirksamkeit einer nachfragebeschränkenden Klimapolitik zweifeln lässt: Seiner Meinung nach vernachlässigt die bisherige Politik die Rolle des Energieangebotes – und das unterliegt im Falle der Energiereserven dieses Planeten besonderen Gesetzen. „Es sind auch die unsicheren Eigentumsrechte an diesen Ressourcen, die zu Problemen führen“, sagt Sinn. Die Besitzer der Ölquellen sind an möglichst hohen Erträgen ihrer Ressourcen interessiert. Wann und wie

intensiv sie ihre Reserven ausbeuten, hängt davon ab, welche Preise für ihr Öl in den kommenden Jahren erwarten. Vereinfacht gesagt gilt: Je eher die Ölscheichs erwarten, dass der Preis für ihre Ressourcen in den kommenden Jahren fällt, um so rascher werden sie mit der Ausbeutung ihrer Quellen bereits heute anfangen, um heute noch teuer zu verkaufen, was morgen billiger sein könnte.

Daraus ergibt sich etwas, was Sinn das „grüne Paradoxon“ nennt: Eine Steuer auf fossile Brennstoffe kann dazu führen, dass die Ölproduzenten weiter steigende Steuern und damit in Zukunft sinkende Einnahmen erwarten. Dann werden Sie die Förderung ihrer Ressourcen vorziehen, was den Ausstoß von Kohlendioxid erhöht und die Erderwärmung beschleunigt. Das gilt grundsätzlich für alle Maßnahmen, die drohen, die zukünftigen Erträge fossiler Brennstoffe zu senken; sie führen dazu, dass der Abbau fossiler Brennstoffe und damit die Erderwärmung beschleunigt werden.

Daraus ergeben sich Ideen, was man gegen die Erderwärmung tun kann. Die naheliegende Idee wäre es, mit hohen Steuern zu beginnen und diese in späteren Jahren langsam zu senken. Das wäre für die Ölproduzenten ein Anreiz, die Ausbeutung der Quellen von heute in die Zukunft zu verlagern; die gegenwärtige Ölförderung würde also sinken. Allerdings ist eine Steuer mit sinkenden Steuersätzen wenig glaubwürdig, und eine sinkende Ökosteuer angesichts steigender Erdtemperaturen politisch kaum zu verkaufen. Politisch genau so abwegig wäre es, die Ölscheichs dafür zu bezahlen, dass sie ihr Öl nicht fördern; das wäre zwar ein korrekter Anreiz, der umgehend Einfluss auf das Angebot hätte, doch auch das wäre politisch kaum zu vermitteln.

Eine andere Möglichkeit wäre es Sinn zufolge, dass sich die Mehrheit der Nachfrager nach fossilen Brennstoffen weltweit zu einem Nachfragemonopol zusammenschließen und Mengenbeschränkungen einführen, also dem Kyoto-Protokoll weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Das hätte allerdings eine zentralplanerische Bewirtschaftung der Ressourcen zur Folge, was ökonomisch gesehen nicht nur Vorteile mit sich bringt. Flankierend hinzu würde es laut Sinn helfen, Steueroasen zu schließen, und es damit den Scheichs zu erschweren, die Erträge aus ihren Ölquellen zu versilbern. Eine weitere – eher ökologisch inspirierte Maßnahme – besteht Sinn zufolge darin, Technologien zur Speicherung von Kohlendioxid weiter zu entwickeln, auch wenn er hier pessimistisch ist, was die technischen Möglichkeiten angeht. Möglicherweise könnte auch die Aufforstung von Wäldern einen Beitrag zum Klimaschutz liefern; hier liegt derzeit noch viel im Argen: Pro Jahr gehen rund 94000 Quadratkilometer an Waldfläche verloren; das entspricht in etwa der Fläche Irlands. Dabei helfen Wälder beim Klimaschutz: „Je mehr Wald auf der Erde steht, um so mehr Kohlendioxid bindet er“, sagt Sinn. Die Zukunft unseres Planeten muss also grün sein.